

Sitzungsniederschrift

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 17.12.2014
Sitzungsort:	Ratssaal der Kreisverwaltung Bad Dürkheim
Sitzungsdauer:	öffentlich 14:30 Uhr - 17:35 Uhr nicht öffentlich 17:36 Uhr – 17:53 Uhr
Art der Sitzung:	öffentlich / nicht öffentlich

Das Ergebnis der Sitzung ergibt sich aus den beigefügten Anlagen.

Niederschriftführer

Vorsitzender

Arno Fickus

Hans-Ulrich Ihlenfeld
Landrat

Anwesend waren:

Landrat Ihlenfeld	als Vorsitzender
Potje, Claus	Erster Kreisbeigeordneter
Rüttger, Frank	Kreisbeigeordneter
Pfuhl, Reinhold	Kreisbeigeordneter

Mitglieder CDU-Fraktion

Armbrust, Renate	
Bechtel, Torsten	
Grohe, Hans	
Groß, Birgit	
Hebinger, Stefan	
Hoffmann, Theo	(fehlte entschuldigt)
Kretner, Ralf	
Kutschke, Sabine	
Lorch, Lothar	
Mittrücker, Norbert Dr.	(fehlte entschuldigt)
Sauer, Friedel	
Schanzenbäcker, Elke	
Schindler, Norbert	
Seelmann, Peter	
Stölzel, Reinhard	
Wagner, Klaus	anwesend bis 17:50 Uhr
Wolf, Markus	
Wolf, Walter	(fehlte entschuldigt)

Mitglieder SPD-Fraktion

Armbruster, Gerd	
Brenzinger, Reinhard	
Dormann, Jakob	
Geis, Ruth	
Germann, Andrea	
Glogger, Christoph	
Hauenstein, Martina	
Niederhöfer, Reinhold	
Pojtinger, Erich	
Schreiner, Hans-Robert Prof. Dr.	
Vogel, Adam	(fehlte entschuldigt)
Wode-Buser, Martina	
Wolf, Hans Dr.	

Mitglieder FWG-Fraktion

Adam, Johannes

Eschmann, Friedrich

Nagel, Arnold

Postel, Gerhard

Rung-Braun, Heike

Stähly, Johannes

anwesend bis 17:50 Uhr

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Hoffmann, Rudolf

Magez, Pirmin

Maurer, Annette

Werner, Pia

anwesend ab 14:45 Uhr

Mitglieder FDP-Fraktion

Langensiepen, Heidi

Schrank, Edwin

(fehlte entschuldigt)

Mitglieder AfD-Fraktion

Kräher, Wolfgang

Nieland, Iris

Mitglied Die Linke

Beck, Stefanie

Verwaltung:

Frau Thomas,

Herr Appel,

Herr Pabst

Herr Lache

Herr Langenbacher

Herr Reis

Abteilung 1

Abteilung 1

Abfallwirtschaftsbetrieb

Abfallwirtschaftsbetrieb

Kreiskrankenhaus Grünstadt

Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt

(bis einschließlich TOP 3)

Frau Weber

Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt

(bis einschließlich TOP 3)

Herr Bauer

Personalrat (ab TOP 6)

Pressereferentin Müller,

Abteilung 1

Gleichstellungsbeauftragte Haas

Herr Fickus,

Abteilung 1, als Niederschriftführer

Tagesordnung :

1. Einwohnerfragestunde
2. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: 185/2014
3. Prüfung des Jahresabschlusses 2013 und Entlastung des Landrats und der Kreisbeigeordneten, soweit sie den Landrat vertreten haben.
Vorlage: 166/2014
4. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Bad Dürkheim
Vorlage: 118/2014
5. Satzung des Landkreises Bad Dürkheim über die Bildung eines Kreissenorenbeirates
Vorlage: 072/2014
6. Abfallgebührensatzung des Landkreises Bad Dürkheim; Neufassung
Vorlage: 161/2014
7. Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Bad Dürkheim; Wirtschaftsplan 2015
Vorlage: 160/2014
8. Kreiskrankenhaus Grünstadt;
Wirtschaftsplan 2015
Vorlage: 163/2014
9. Nachwahl von stellvertretenden Mitgliedern im Ausschuss für ÖPNV, Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehr und im Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: 138/2014
10. Nachwahl eines Mitgliedes im Bau-, Umwelt- und Agrarausschuss
Vorlage: 199/2014
11. Wahl von weiteren Mitgliedern und Stellvertretern in den Schulträgerausschuss
Vorlage: 120/2014
12. Beirat für Migration und Integration; Wahl /Berufung weiterer Mitglieder
Vorlage: 137/2014
13. Neuwahl der Mitglieder der Besuchscommission für den Landkreis Bad Dürkheim
Vorlage: 154/2014
14. Einrichtung eines "Kreisbeirates für Inklusion"; Antrag der FDP-Kreistagsfraktion

15. Resolution "Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden"; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag
16. Staatsbad Bad Dürkheim GmbH
Vorlage: 154/2013/2

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Vorsitzende teilt mit, dass seitens der FWG-Fraktion am 16.12.2014 vier weitere Anträge zur Sitzung eingegangen sind.

1. Inklusion – Leitziel des Landkreises Bad Dürkheim
2. Transatlantisches Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA stoppen – Kommunale Selbstverwaltung schützen.
3. Aufbruch zum papierlosen Kreistagsmandat
4. Keine Windkraftanlagen im Biosphärenreservat Pfälzerwald – Nordvogesen

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Anträge 1 und 2 unter den Tagesordnungspunkten 14 und 15 beraten werden. Bei den Anträgen 3 und 4 handelt es sich um Ergänzungen der Tagesordnung, die zu diesem Zeitpunkt, aufgrund Mangels an der Dringlichkeit, nicht mehr fristgerecht eingereicht wurden. Die Verwaltung sagt jedoch zu, den Arbeitsauftrag zum papierlosen Kreistagsmandat auszuführen und in einer der nächsten Sitzungen über die Ergebnisse zu berichten. Der Antrag hinsichtlich Windkraftanlagen im Biosphärenreservat Pfälzerwald – Nordvogesen wird in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreistages aufgenommen. Beide Anträge sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Auf Befragen wurden keine weiteren Wünsche zur Tagesordnung gestellt.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 1

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 17.12.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u> </u> JA -Stimmen	<u> </u> Nein -Stimmen	<u> </u> Enthaltungen

Tagesordnung:

Einwohnerfragestunde

Beschluss:

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Zur Einwohnerfragestunde liegt eine Frage von Herrn Winfried Wolff aus Großkarlbach vor. Diese wurde rechtzeitig vor Beginn der Sitzung des Kreistages schriftlich (§ 21 GeschO) an die Verwaltung gerichtet. Der Vorsitzende trägt den zugrundeliegenden Sachverhalt und die Frage vor und beantwortet diese im Anschluss.

Sachverhalt und Frage:

Geschätzte vier Millionen Tonnen AKW-Überreste fallen in den nächsten Jahrzehnten an, rund 80 Prozent sind nicht mit Radioaktivität in Berührung gekommen und fallen automatisch nicht unter das Atomrecht. Wenn wie geplant ein bis maximal fünf Prozent Material langfristig als Atommüll gelagert werden, bleiben jedoch bis zu knapp 780.000 Tonnen strahlender Bauschutt, der nach Freimessung bundesweit auf Deponien und in Verbrennungsanlagen verteilt wird. In Niedersachsen

kündigt Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) an, er wolle das Problem beim nächsten Treffen mit seinen Kolleginnen aus Bund und Ländern ansprechen, denn aufgrund der absehbaren „Engpässe“ bei Deponiestandorten müsse sich jetzt die Bundesregierung des Themas annehmen. Stade und Obrigheim sind zwei im Rückbau befindliche AKW, deren Schutt dank Freimessung bereits auf Deponien liegt. Von der Öffentlichkeit zunächst unbemerkt landeten zwischen 2003 und 2011 rund 102 Tonnen „freigemessener“ Stade-Bauschutt auf der niedersächsischen Deponie Schneverdingen – bis der Landrat nach Protesten einen Einlagerungsstopp verfügte. Jetzt gibt es in ganz Niedersachsen keine Deponie mehr, die den Atomschutt annimmt.

Da zu befürchten ist, dass es beim Abriss von stillgelegten Atommeilern in Biblis und Philippsburg zu ähnlichen Problemen kommen wird, wüsste ich gerne, ob der Kreis Bad Dürkheim plant, jeglichen Müll von stillgelegten Atommeilern – und sei er von Strahlung „freigemessen“ auf Kreis-Mülldeponien aufzunehmen?

Antwort:

Der Landkreis Bad Dürkheim plant nicht Müll von stillgelegten Atommeilern auf Deponien des Landkreises abzulagern.

Die äußerst geringen Restkapazitäten des Landkreises an Deponievolumen für mineralische Abfälle würden die Ablagerung von Massen in dem dargestellten Umfang im Übrigen nicht zu lassen.

Auch in der Vergangenheit wurden solche Abfälle nicht auf Deponien des Landkreises Bad Dürkheim abgelagert.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 2

Drucksache **185/2014**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 17.12.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
27 JA -Stimmen	10 Nein -Stimmen	4 Enthaltungen

Tagesordnung:

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: 185/2014

Beschluss:

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015 werden in der vorberatenen Fassung beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende geht erläuternd auf die Eckpunkte des vorliegenden Haushaltsentwurf ein und betont hierbei die Steigerung der Kassenkredite und langfristigen Kredite auf eine Marke von nunmehr rd. 200 Mio. €. Zwar profitiert der Landkreis vom herrschenden niedrigen Zinsniveau, trotzdem trägt der Kreis eine Zinsbelastung im Jahr 2015 von rd. 5,8 Mio. €. Die Konsolidierungserwartungen über die Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds werden nicht erfüllt, insgesamt wird der KEF sein Ziel über die gesamte Laufzeit nicht erfüllen. Der Vorsitzende zeigt jedoch auch auf, dass ohne eine Teilnahme am KEF, der Kreis jährlich mit Schulden i.H.v. 4,2 Mio. €

mehr belastet würde. Insbesondere belasten den Haushalt die starken Steigerungen im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe. Die vom Bund zugesagte Vorabmilliarde zur Entlastung der Sozialleistungsträger 2015 – 2017, wird jedoch nicht dem Kreis zu Gute kommen, sondern direkt an die Kommunen im Landkreis in einer Höhe von insgesamt rd. 400.000 € fließen. Seitens des Kreises wird daher die Überlegung getragen, die Kreisumlage zu erhöhen, dies wird Thema der Beratungen im kommenden Jahr sein. Für 2015 wird betont, dass die Kreisumlage stabil bleiben wird. Zum hohen Zuschussbedarf bei den Kindertagesstätten, teilt der Vorsitzende mit, dass dies kein lokales Problem darstellt, sondern spiegelbildlich in allen Landkreisen besteht.

Hinsichtlich der Platzproblematik in der Verwaltung stellt der Vorsitzende dar, dass die Räume der Verwaltung durch den geplanten Umzug der Kreisvolkshochschule in die Räume der Valentin-Ostertag-Schule, sowie die Aufstellung von Bürocontainern um 25 Mitarbeiterplätze entlastet wird. Auch wurde der Stellenplan mit einer Mehrung von 8,4 Stellen verhalten weiterentwickelt. Im Bereich Asylsuchende sind die Zahlen in der Gestalt gestiegen, dass im laufenden Jahr über 300 Personen mehr unter zu bringen waren und im kommenden Jahr mit mindestens 350 neuen Asylsuchenden gerechnet werden muss. Die laufenden Zahlungen seitens des Bundes von z.Zt. 512,-- € monatlich je Person reichen hierbei bei weitem nicht aus und vergrößern den Zuschussbedarf durch den Landkreis. Bei der Unterbringung dieser Personen ist eine Containerlösung per se nicht angestrebt, der Landkreis steht daher im engen Kontakt mit den Kommunen um entsprechende Unterkunftsmöglichkeiten zu finden. Es wird auf den im November stattgefundenen Runden Tisch Asyl hingewiesen. Auf der dort erarbeiteten Grundlage werden alle Möglichkeiten ausgelotet, wie zukünftig die Unterstützung Asylsuchender gestaltet werden kann. Insbesondere soll hierbei die ehrenamtliche Tätigkeit der verschiedenen Akteure gestärkt werden.

Abschließend betont der Vorsitzende, dass nur noch wenige freiwillige Aufgaben beim Kreis, wie der Marathon Deutsche Weinstraße und die Pflege der Kreispartnerschaften, unterstützt werden. Um den Bürgerinnen und Bürgern einen Einblick in die vielfältigen Aufgaben des Landkreises zu geben, wird im kommenden Jahr ein Tag der offenen Tür in der Kreisverwaltung Bad Dürkheim ausgerichtet.

Für die CDU-Fraktion stimmt Kreistagsmitglied Stölzel dem Haushaltsentwurf zu, wirft jedoch die Frage auf, wie die Schulden des Landkreises getilgt werden könnten. Grundsätzlich werden die Investitionen des Kreises als notwendig erachtet. Insbesondere in den schulischen Bereich flossen erhebliche Mittel, doch dies ist als gut angelegtes Geld in die Zukunft der Kinder zu betrachten. Für den Kreis ergebe sich die schwierige Aufgabe zwischen den Ansprüchen seiner Bürgerinnen und Bürgern und der vorhandenen finanziellen Ausstattung, sowie den zu erfüllenden Pflichtaufgaben zu agieren. Auf der Ausgabenseite werde der Kreishaushalt von den hohen Sozialaufwendungen dominiert.

Kreistagsmitglied Niederhöfer stellt fest, dass die Vorberatungen zum vorliegenden Haushaltsentwurf konstruktiv unter lobenswerter Beteiligung der Verwaltung stattfanden. Auch die SPD-Fraktion sieht die Weiterentwicklung der Schulen als Schwerpunkt der Tätigkeit des Kreises. Eine richtige Entscheidung war es, die Schulsozialarbeit beizubehalten. Das Angebot im ÖPNV des Landkreises stellt sich positiv für die Bürgerinnen und Bürger dar, ist aber nur kostenintensiv zu betreiben. Grundsätzlich be-

mängelt die Fraktion die unzureichende Finanzausstattung des Landkreises und sieht seitens Bund und Land das Konnexitätsprinzip als nicht beachtet. Um die kommunale Handlungsfähigkeit zu erhalten, fordert die Fraktion einen Solidarbeitrag zu Gunsten der Kommunen ein. Hinsichtlich der Kreisumlage wird festgestellt, dass sich diese an der Obergrenze der Belastbarkeit bewege.

Kein Verschulden des Landkreises für einen Großteil des Defizits sieht die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wie Kreistagsmitglied Werner mitteilt. Durch die Teilnahme des Kreises am KEF werde ein irreversibler struktureller Verlust beim Kreis in Kauf genommen. Insgesamt bemängelt die Fraktion, dass Einsparpotential beim Kreis nicht ausgeschöpft werde und Ausgaben in unnötiger Höhe erfolgen. So sei der Mensaneubau am Hannah-Arendt-Gymnasium überteuert gewesen und die Verlegung des Rehbaches unnötig.

Grundsätzlich stimme die FWG-Fraktion den Investitionen zu, teilt Kreistagsmitglied Rung-Braun mit. Die Fraktion stelle jedoch auch fest, dass Einsparpotential beim Landkreis nicht erkannt und konsequent umgesetzt werde. Keine Verhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen werde bei der geplanten Verlegung des Rehbaches gesehen.

Kritisch bewertet Kreistagsmitglied Langensiepen den Schuldenzuwachs des Landkreises, wie diese für die FDP-Fraktion mitteilt. Hier sehe sie auch seitens des Kreises eine Mitschuld. Zum Vergleich mit anderen Landkreisen wird mitgeteilt, dass der Landkreis Bad Dürkheim im Schuldenranking der Landkreise auf Bundesebene auf Platz 44 von insgesamt 292 und auf Landesebene auf Platz 8 der 24 rheinland-pfälzischen Landkreise stehe.

Im Anschluss an die Abstimmung verliest Kreistagsmitglied Postel (FWG) folgende persönliche Erklärung:

„Ich habe gegen den Haushalt gestimmt, da ich gegen die Rehbachverlegung (Renaturierung) bin. Die Verlegung bedeutet für das vorhandene Ökosystem einen gravierenden Eingriff, ohne einen nennenswerten Hochwasserschutz für Haßloch zu bringen (siehe Wirkungsnachweise von Hydrotec). Trockenfallen des Rehbach alt, Klimaveränderung! Auch die Vorgaben die zu dieser Planung geführt haben sind falsch, denn sie beruhen auf den alten (falschen) Timis Daten. Weiter stehen Kosten – Nutzen in keinem Verhältnis. Für ein Zehntel des 400T€ Kreisanteils dieser geplanten 4 Mio. € Investition, lassen sich die eigentliche Ursache der maroden Dämme leicht sanieren. Bei einer eigenen Verschuldung von 200 Mio. € sollte man prüfen, ob man sich noch solche Luxusobjekte leisten kann.“

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 3

Drucksache **166/2014**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 17.12.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u> </u> JA -Stimmen	<u> </u> Nein -Stimmen	5 Enthaltungen

Tagesordnung:

Prüfung des Jahresabschlusses 2013 und Entlastung des Landrats und der Kreisbeigeordneten, soweit sie den Landrat vertreten haben.

Vorlage: 166/2014

Beschluss:

Die Jahresabschluss, nebst allen Anlagen, für das Haushaltsjahr 2013 wird in der Ergebnisrechnung mit einem Saldo (Pos. 31 der Ergebnisrechnung) in Höhe von 3.149.573,91 €, in der Finanzrechnung mit einem negativen Saldo (Pos. 26 und Pos. 46 der Finanzrechnung) in Höhe von 2.602.016,58 € und einer Bilanzsumme von 303.790.879,90 € festgestellt.

Der Landrat und die Kreisbeigeordneten, soweit sie den Landrat vertreten haben, werden entlastet.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes wurde der Vorsitz von Herrn Dr. Hans Wolf, als ältestes anwesendes Kreistagsmitglied, übernommen.

Herr Landrat Ihlenfeld, Herr Erster Kreisbeigeordneter Potje, Herr Kreisbeigeordneter Rüttger, Herr Kreisbeigeordneter Pfuhl und Kreistagsmitglied Hebinger (ebenfalls Kreisbeigeordneter im Jahre 2013) nahmen an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil und begaben sich in den öffentlichen Zuhörerraum.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Kreistagsmitglied Stölzel, erläutert die Arbeit des Ausschusses bei der Rechnungsprüfung und verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass der Rechnungsprüfungsausschuss für die laufende Wahlzeit sich bereits jetzt auf einen Modus hinsichtlich des wechselnden Vorsitzes im Ausschuss geeinigt hat. Er weist nochmals auf die allgemeinen Feststellungen und Hinweise des Ausschusses hin, die im Rahmen der Belegprüfung ergangen sind. Insgesamt habe es sich gezeigt, dass Verbesserungen durch die vorangegangenen Prüfungen gegriffen haben. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Kreistag den Jahresabschluss 2013 wie in der Beschlussvorlage dargestellt zu beschließen und die Entlastung des Landrates und der Kreisbeigeordneten auszusprechen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt Kreistagsmitglied Maurer im Jahresabschluss einen deutlichen Verlust fest. Allgemein lasse sich hier eine zu hohe Verschuldung und Belastung des Landkreises herauslesen. Die Fraktion erkenne nicht, dass Möglichkeiten den Verwaltungsapparat zu verschlanken ergriffen worden sind. Auch kritisiert die Fraktion den Bau der Mensa am Hannah-Arendt-Gymnasium in Haßloch als zu kostenintensiv.

Es herrscht Einvernehmen über den Jahresabschluss 2013 sowie die Entlastung des Landrates und der Kreisbeigeordneten, soweit sie den Landrat vertreten haben, gemeinsam abzustimmen.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 4

Drucksache **118/2014**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 17.12.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA -Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein -Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

Tagesordnung:

Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Bad Dürkheim
Vorlage: 118/2014

Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Bad Dürkheim wird, wie in der vorbereiteten Form, beschlossen.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 5

Drucksache **072/2014**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 17.12.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u> </u> JA -Stimmen	<u> </u> Nein -Stimmen	<u> 1 </u> Enthaltungen

Tagesordnung:

Satzung des Landkreises Bad Dürkheim über die Bildung eines Kreissenorenbeirates

Vorlage: 072/2014

Beschluss:

Die Satzung über die Bildung eines Kreissenorenbeirats für den Landkreis Bad Dürkheim wird, wie in der vorberatenden Form, beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende geht erläuternd auf die Beschlussvorlage ein und stellt die Funktion des Kreissenorenbeirats, sowie die in der Satzung geregelten Mitwirkungsmöglichkeiten des Beirats ein.

Für die CDU-Fraktion begrüßt Kreistagsmitglied Bechtel die Bildung eines solchen Beirates und hebt hierbei hervor, dass die Fraktion es als sinnvoll erachtet, dass der Beirat paritätisch aus dem gesamten Kreisgebiet besetzt werden soll.

Der zu bildenden Beirat wird als kompetenter Ansprechpartner für die Entscheidungsgremien im Kreis angesehen, der wichtige Impulse geben kann.

Kreistagsmitglied Langensiepen teilt mit, dass die FDP-Fraktion der Bildung eines Kreissenorenbeirates eher kritisch gegenübersteht. Aus Sicht der Fraktion sind Beiräte für Bevölkerungsteile sinnvoll, deren Belange weniger berücksichtigt werden. Aufgrund der Altersstruktur in den Kreisgremien, werde die Altersgruppe der Senioren jedoch bereits ausreichend vertreten. Ebenfalls wird es an der Lebensrealität vorbei gesehen, Menschen ab dem 60tigen Lebensjahr bereits als Senioren zu bezeichnen.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Einrichtung eines Seniorenbeirates, wie Kreistagsmitglied Niederhöfer mitteilt. Es wird als wichtig erachtet, dass durch ein solches Gremium die Belange dieser Altersgruppe an die Politik weitergetragen werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstütze die Vorlage und erhofft sich durch die Bildung des Beirats den Dialog vor Ort auf Kreisebene zu transportieren, teilt Kreistagsmitglied Werner mit.

Nur einen Baustein zur Bewältigung der Aufgaben die der demographische Wandel stellt sieht für die FWG-Fraktion Kreistagsmitglied Rung-Braun, in der Bildung eines Kreissenorenbeirates. Die Fraktion wird daher ein erweitertes Leitziel formulieren und in der nächsten Sitzung des Kreistages den Antrag auf Bildung eines entsprechenden Ausschusses wiederholen.

Nach erfolgter Beschlussfassung kündigt der Vorsitzende mit, dass in der Verwaltung im Januar die nächsten Schritte zur Bildung des Beirats erfolgen werden.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 6

Drucksache **161/2014**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 17.12.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
34 JA -Stimmen	5 Nein -Stimmen	— Enthaltungen

Tagesordnung:

Abfallgebührensatzung des Landkreises Bad Dürkheim; Neufassung
Vorlage: 161/2014

Beschluss:

Der Änderungssatzung zur Satzung des Landkreises Bad Dürkheim über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Dem Antrag von Kreistagsmitglied Dormann, die Beratung über die Tagesordnungspunkte 6 und 7 gemeinsam zu führen, wird einstimmig entsprochen.

Der Vorsitzende verweist auf die Entwicklung im AWB, hierbei insbesondere das gewollte, und von der Aufsichtsbehörde geforderte, Abschmelzen der Rücklage. Die hohen Rücklagen des AWB sind aus den Erlösen bei den Deponiesanierungen entstanden. Ebenfalls erinnert er an die Absenkung der Gebühren im Jahr 2005 um 30 %, die Erhöhung dieser 2007 um 10 % und einer erneuten Reduzierung 2009 um 5 %. Insgesamt erhebt der Landkreis Bad Dürkheim Abfallgebühren auf einem deutlich niedri-

geren Niveau, als die umliegenden Gebietskörperschaften. Der Zeitpunkt nun die Gebühren wieder in einem moderaten Maß anzuheben, wäre nunmehr gekommen, so der Vorsitzende weiter.

Die Erfahrung der Vorjahre hat gezeigt, dass die Entwicklung sich im laufenden Jahr besser darstellt als dies in der Planung dargestellt wird, so Kreistagsmitglied Dormann für die SPD-Fraktion. Durch die Einnahme an Gebühren sei der AWB seit Jahren strukturell unterfinanziert, so dass nunmehr eine Gebührenerhöhung notwendig wird, auch um das recht komfortable Entsorgungssystem im Landkreis beizubehalten.

Kreistagsmitglied Stölzel stellt für die CDU-Fraktion fest, dass durch die geschickte Deponiesanierung Einnahmen für den AWB generiert werden konnten. In den letzten Jahren wurde gewollt ein negatives Ergebnis durch das langsame Abschmelzen der Rücklage erzielt. Im Landkreis bestehe ein gutes Abfallkonzept zu günstigen Gebühren, wobei die Fraktion durch die Gebührenerhöhung keine gravierenden Änderungen sieht. Grundsätzlich unterliege das tatsächliche Ergebnis immer gewissen Unwägbarkeiten, wie z.B. Änderungen beim Papierpreis.

Für die FWG-Fraktion bezeichnet Kreistagsmitglied Eschmann die Erhöhung der Gebühren als notwendig und angemessen. Die Rücklagen des AWB dürfen nunmehr nicht weiter aufgebraucht werden. Hinsichtlich der Umstellung beim Sperrmüll wird an den Kreistag appelliert, das neue System positiv durch die Phase der Erprobung zu begleiten.

Eine völlig andere Ansicht vertritt laut Kreistagsmitglied Magez die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Gebührenerhöhung. Das hohe Niveau der Rücklage resultiere aus Überschüssen aus der Gebührenerhebung und sei durch die niedrigen Gebühren, unter Abbau der Rücklage, in den letzten Jahren an die Gebührenzahler zurückgegeben worden. Es wird bezweifelt, dass die Aufsichtsbehörde einer Gebührenerhöhung, die zur Folge hat, dass die Rücklage nicht so stark abschmilzt, zustimmen wird. Die Fraktion vertritt die Auffassung, dass für die anstehenden Sanierungsmaßnahmen ausreichend Mittel aus der Rücklage vorhanden sind und eine Gebührenerhöhung daher obsolet sei. Aus diesem Grund stellt die Fraktion den Antrag, dass keine Erhöhung der Abfallgebühren erfolgt.

In offener Abstimmung wird der Antrag mit 33 Gegenstimmen zu 5 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 7

Drucksache **160/2014**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 17.12.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u> </u> JA -Stimmen	<u> </u> Nein -Stimmen	5 Enthaltungen

Tagesordnung:

Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Bad Dürkheim; Wirtschaftsplan 2015
Vorlage: 160/2014

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2015 für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Bad Dürkheim wird beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

s. TOP 6

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 8

Drucksache **163/2014**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 17.12.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA-Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein-Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

Tagesordnung:

Kreiskrankenhaus Grünstadt;
Wirtschaftsplan 2015
Vorlage: 163/2014

Beschluss:

Der vorliegende Wirtschaftsplan 2015 und die Stellenübersicht 2015 werden beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Zur weiteren Entwicklung des Kreiskrankenhauses weist der Vorsitzende auf die geplante Anschaffung eines MRT und moderner Betten in einem größeren Umfang hin. Sehr positiv ist die Entwicklung der Patientenzahl zu bewerten. Es bleibt jedoch anzumerken, dass sich durch Veränderungen bei den Krankenkassen die Rahmenbedingungen bei den Kommunalen Krankenhäusern merklich verschlechtern könnten.

Als erfreulich bezeichnet Kreistagsmitglied Dormann für die SPD-Fraktion die gute wirtschaftliche Führung des Krankenhauses. Dass hierbei das Patientenwohl auf einem hohen Niveau gehalten werde, hebt das Kreiskrankenhaus von vergleichbaren Häusern ab. Grundsätzlich sieht die Fraktion das Krankenhaus sowohl pflegerisch, als auch ärztlich sehr gut aufgestellt, was auch für die Güte der Einrichtung spricht. Eine große Herausforderung wird es sein, die Kostenstruktur in der aktuellen Form in Zukunft halten zu können.

Der Wirtschaftsplan sei sicher kalkuliert, stellt Kreistagsmitglied Sauer für die CDU-Fraktion fest, das Ergebnis fällt jedoch erfahrungsgemäß besser aus. Positiv ist herauszustellen, dass der im Haus erwirtschaftete Überschuss in wichtige Investitionen, wie MRT und neue Betten fließe. Es wird jedoch bedauert, dass für die Bettenneuananschaffung keine Mittel zur Unterstützung vom Land kam.

Als Glücksfall für die Region sieht die FWG-Fraktion das Kreiskrankenhaus, wie Kreistagsmitglied Adam mitteilt. Der Haushalt ist positiv und richtig kalkuliert, dass Krankenhaus befindet sich auf dem richtigen Weg.

Für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stimmt Kreistagsmitglied Maurer der Vorlage zu und bringt ihre Zuversicht in die Zukunft des Kreiskrankenhauses zum Ausdruck.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 9

Drucksache **138/2014**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 17.12.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA-Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein-Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

Tagesordnung:

Nachwahl von stellvertretenden Mitgliedern im Ausschuss für ÖPNV, Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehr und im Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: 138/2014

Beschluss:

1. Als 2. Stellvertreterin der AfD im Ausschuss für ÖPNV, Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehr wird Frau Beatrix Klingel gewählt.
2. Als 1. Stellvertreterin der AfD-Fraktion im Rechnungsprüfungsausschuss wird Frau Iris Nieland gewählt.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Es wurde durch einstimmigen Beschluss festgelegt, die Wahl offen, durch Handzeichen, durchzuführen (vgl. § 40 Abs. 5 LKO).

Das Stimmrecht des Vorsitzenden, Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld, ruhte bei der Wahlhandlung gemäß § 29 Abs. 3 Nr. 1 LKO.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 10

Drucksache **199/2014**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 17.12.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA -Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein -Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

Tagesordnung:

Nachwahl eines Mitgliedes im Bau-, Umwelt- und Agrarausschuss
Vorlage: 199/2014

Beschluss:

1. Herr Klaus Huter, Wachenheim, wird zum Mitglied im Bau-, Umwelt- und Agrarausschuss gewählt.
2. Herr Adam Vogel, Grünstadt, wird zum stellvertretenden Mitglied im Bau-, Umwelt- und Agrarausschuss gewählt.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Es wurde durch einstimmigen Beschluss festgelegt, die Wahl offen, durch Handzeichen, durchzuführen (vgl. § 40 Abs. 5 LKO).

Das Stimmrecht des Vorsitzenden, Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld, ruhte bei der Wahlhandlung gemäß § 29 Abs. 3 Nr. 1 LKO.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 11

Drucksache **120/2014**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 17.12.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA-Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein-Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

Tagesordnung:

Wahl von weiteren Mitgliedern und Stellvertretern in den Schulträgerausschuss
Vorlage: 120/2014

Beschluss:

Die in der Vorlage aufgeführten Personen werden als weitere Mitglieder und Stellvertreter in den Schulträgerausschuss gewählt.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Es wurde durch einstimmigen Beschluss festgelegt, die Wahl offen, durch Handzeichen, durchzuführen (vgl. § 40 Abs. 5 LKO).

Das Stimmrecht des Vorsitzenden, Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld, ruhte bei der Wahlhandlung gemäß § 29 Abs. 3 Nr. 1 LKO.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 12

Drucksache **137/2014**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 17.12.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA-Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein-Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

Tagesordnung:

Beirat für Migration und Integration; Wahl /Berufung weiterer Mitglieder
Vorlage: 137/2014

Beschluss:

Die in der Beschlussvorlage und der Sitzung benannten Personen werden wie dargestellt als berufene Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Beirates für Migration und Integration gewählt.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende teilt mit, dass zu den in der Beschlussvorlage benannten Personen die FWG-Fraktion einbringt, Frau Maren Schow aus Bad Dürkheim als berufenes Mitglied und Herrn Matthias Weber aus Freinsheim als stellvertretendes Mitglied in den Beirat zu wählen.

Es wurde durch einstimmigen Beschluss festgelegt, die Wahl offen, durch Handzeichen, durchzuführen (vgl. § 40 Abs. 5 LKO).

Das Stimmrecht des Vorsitzenden, Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld, ruhte bei der Wahlhandlung gemäß § 29 Abs. 3 Nr. 1 LKO.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 13

Drucksache **154/2014**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 17.12.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
__ JA-Stimmen	__ Nein-Stimmen	__ Enthaltungen

Tagesordnung:

Neuwahl der Mitglieder der Besuchskommission für den Landkreis Bad Dürkheim
Vorlage: 154/2014

Beschluss:

Die vorgeschlagenen Personen werden für die Dauer der Wahlperiode in die Besuchskommission des Landkreis Bad Dürkheim für die Klinik Sonnenwende gewählt.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Es wurde durch einstimmigen Beschluss festgelegt, die Wahl offen, durch Handzeichen, durchzuführen (vgl. § 40 Abs. 5 LKO).

Das Stimmrecht des Vorsitzenden, Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld, ruhte bei der Wahlhandlung gemäß § 29 Abs. 3 Nr. 1 LKO.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 14

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 17.12.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
1 JA-Stimmen	32 Nein-Stimmen	6 Enthaltungen

Tagesordnung:

Einrichtung eines "Kreisbeirates für Inklusion"; Antrag der FDP-Kreistagsfraktion

Beschluss:

Dem Antrag auf Einrichtung eines Kreisbeirates für Inklusion wird nicht zugestimmt.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Kreistagsmitglied Langensiepen führt zum Antrag der FDP-Fraktion aus, dass ein neues Denken im Zusammenleben von Behinderten und Nichtbehinderten gefordert ist. Inklusion beziehe sich nicht auf bestimmte Bevölkerungs- und Altersgruppen, sondern ist eine Querschnittsaufgabe in der gesamten Bevölkerung. Aus Sicht der Fraktion sollte hier ein Gremium agieren und keine Aufgabenübertragung an die Verwaltung erfolgen. Kreistagsmitglied Langensiepen fordert daher den zur Sitzung eingereichten Antrag der FWG-Fraktion nicht zu folgen.

Zum Antrag der FWG betont Kreistagsmitglied Rung-Braun, dass die Fraktion es als wichtig erachtet, zunächst die Ist-Situation im Landkreis durch die Verwaltung

aufzunehmen zu lassen. Im nächsten Schritt wäre dann ein Aktionsplan Inklusion auf Grundlage dieser Daten zu entwickeln.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass durch die Verwaltung zunächst einmal entsprechende Informationen zum Bedarf im Bereich der Inklusion erstellt werden sollten.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt Kreistagsmitglied Werner beide Anträge, sieht jedoch auch die Notwendigkeit einer ersten Standortbestimmung, wie dies der Vorsitzende vorschlägt.

Dem Antrag der FWG-Fraktion wird mit einer Stimmenmehrheit von 26 Gegenstimmen bei 10 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen nicht gefolgt.

Der Vorsitzende stellt den Antrag der FDP-Fraktion einen Beirat für Inklusion einzurichten förmlich zur Abstimmung. Der Antrag wird mit einer Stimmenmehrheit von 32 Nein-Stimmen, bei 1 Ja-Stimme und 6 Enthaltungen abgelehnt.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 15

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 17.12.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
18 JA -Stimmen	19 Nein -Stimmen	2 Enthaltungen

Tagesordnung:

Resolution "Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden"; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Beschluss:

Der Kreistag Bad Dürkheim beschließt keine Resolution „Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden“.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen trägt Kreistagsmitglied Werner nochmals den Hauptkritikpunkt, dass keine Transparenz bei den Verhandlungen zu den Abkommen bestehe. Sie betont die moderate Formulierung des Antrags.

Vor dem Hintergrund des gemeinsamen Positionspapiers der kommunalen Spitzenverbänden, stellt Kreistagsmitglied Rung-Braun fest, dass der Antrag der FWG-Fraktion nicht als Gegenantrag, sondern um eine Klarstellung des vorliegenden Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu verstehen ist.

Es herrscht Einvernehmen, dass der Antrag der FWG-Fraktion den weiterführenden Antrag darstellt und daher zunächst über diesen ein Beschluss zu fassen ist.

Dem Antrag der FWG mit 20 Gegenstimmen bei 18 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung nicht gefolgt.

Der Vorsitzende stellt danach den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen förmlich zur Abstimmung. Der Antrag wird mit 19 Gegenstimmen bei 18 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 16

Drucksache **154/2013/2**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 17.12.2014

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input checked="" type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u> </u> JA -Stimmen	<u> </u> Nein -Stimmen	<u> </u> Enthaltungen

Tagesordnung:

Staatsbad Bad Dürkheim GmbH
Vorlage: 154/2013/2

Beschluss:

Der Kreistag Bad Dürkheim beauftragt den Landrat des Landkreises Bad Dürkheim unter der Maßgabe, dass für den Landkreis hierdurch keine finanziellen Belastungen entstehen, den Liquidationsbeschlüssen in der Gesellschafterversammlung der Staatsbad Bad Dürkheim GmbH, als auch den Kündigungen der Betriebsvereinbarungen Beschäftigungssicherung und Arbeitszeit, nicht zuzustimmen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende verweist darauf, dass laut Gesellschaftervertrag der Staatsbad Bad Dürkheim GmbH sich die entsprechenden Gremien der Gesellschafter mit Entscheidungen die von Wichtigkeit für die Gesellschaft sind, zu befassen haben. Somit wird sich der Vorsitzende in seiner Funktion als Vertreter des Landkreises in der Gesell-

schafterversammlung dem Votum des Kreistages entsprechend verhalten. Er stellt hiermit zur Debatte, ob der Landkreis einer Liquidation der Staatsbad Bad Dürkheim GmbH zustimmt, diese ablehnt oder sich bei der Beschlussfassung enthalten solle.

In der Vorberatung im Kreisausschuss wurde der Beschluss gefasst, dass der Landkreis einer Liquidation zustimmen solle. Zwischenzeitlich habe sich aber gezeigt, dass weder eine Nachfolgeeinrichtung für die gesundheitsbezogenen Anwendungen der Staatsbad GmbH und die Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter ab 2016 geklärt sind, noch die Sicherheit bestehe, dass der vom Land in Aussicht gestellte Betrag von 11,08 Mio. € für eine Nachfolgeeinrichtung tatsächlich nach Bad Dürkheim fließe. Der Stadtrat Bad Dürkheim hat inzwischen den Beschluss gefasst, dass die Stadt als Gesellschafter einer Liquidation nicht zustimmt.

Zusammenfassend erläutert der Vorsitzende, dass die Stadt Bad Dürkheim weiterhin als geeigneter Standort für ein Thermalbad mit gesundheitsbezogenen Anwendungen anzusehen ist und im Falle einer Insolvenz der Gesellschaft weder Stadt noch Landkreis in Haftung kämen. Insbesondere bei der Überlegung zur Erweiterung des Sali-nariums wäre noch zu klären, ob seitens des Landes die Mittel i.H.v. 11,08 Mio. € weiterhin für Bad Dürkheim gesichert sind.

Für die CDU-Fraktion erläutert Kreistagsmitglied Stölzel den Beschluss der Stadt Bad Dürkheim auch unter dem Aspekt, dass eine Fürsorgepflicht für die Mitarbeiter der Staatsbad GmbH besteht. Er hofft darauf, dass das Land zu einer weiteren konstruktiven Zusammenarbeit bereit ist und für die Staatsbad GmbH ein tragfähiges Konzept entwickelt werden kann.

Kreistagsmitglied Niederhöfer sieht für die SPD-Fraktion keine Änderungen seit den Vorberatungen im Kreisausschuss und hierdurch keine Veranlassung für eine gegenläufige Beschlussfassung im Kreistag.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird die Sitzung für Fraktionsinterne Beratung für 10 Minuten (17:35 – 17:45 Uhr) unterbrochen.